

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

2 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

4 Der Bundesparteitag der möge beschließen:

5

6

7 **Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen**

8 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige Politikbereich, der fast vollständig auf
9 europäischer Ebene stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Politiken und hat sich über die
10 Jahre stark verändert. An vielen Stellen scheint sie jedoch immer noch eher wie ein Überbleibsel aus
11 Nachkriegszeiten und das Ergebnis einseitiger Lobbyarbeit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslaufen und
12 muss dann neu aufgestellt werden. Die aktuellen, seitens der Europäischen Kommission
13 veröffentlichten Arbeitsstände zur Überarbeitung der GAP versprechen jedoch wenig Neuerungen.
14 Vielmehr lassen sie erwarten, dass die GAP weiterhin zur Besitzstandswahrung von Landbesitzer*innen
15 genutzt wird anstatt auf die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft zu reagieren.

16 Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat diese im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die
17 Produzent*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen der organisierten, konventionellen
18 Landwirt*innen wie die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die Seite einer kleinen Gruppe
19 von gutverdienenden, urbanen Konsument*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine romantische
20 Vorstellung von Landwirtschaft ohne moderne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend
21 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventionellen Landwirt*innen ihr Existenzrecht
22 abspricht.

23

24 **1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

25 Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den
26 Schutz von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem schaut sie nicht nur auf
27 Konsument*innen und Produzent*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU, sondern weltweit
28 und denkt besonders die Verbindungen zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie alle
29 Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den Sustainable Development Goals (SDGs) der UN
30 bekennen und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem erkennt sie auch die Herstellung
31 gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land, sowie die Relevanz des ländlichen
32 Raums für die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen als ihre Aufgabe an.

33

34 a. Umweltschutz

35 Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Klimaschutz zu: Allein die globale
36 Tierproduktion stößt nach Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus. Andere Studien

37 kommen auf bis zu 25%. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
38 (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit seinem vergleichsweise kleinen Agrarsektor,
39 davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produktion und Gebrauch von
40 Mineraldünger einbezogen wird sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verursacht. Wenn
41 wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Dazu
42 gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar senken.

43 Darüber hinaus müssen wir CO₂-Senken wie z.B. Moore und Feuchtwiesen schützen, pflegen und
44 wiedervernässen, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und die Forschung an diesen fördern.

45 Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschaftspolitik ist der Schutz von Böden und
46 Grundwasser. Auch hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Südeuropas droht
47 Wüstenbildung, in anderen sind Böden und Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.
48 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Humusgehalt und damit die Biodiversität und
49 Fruchtbarkeit gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe bei Stickstoff und Phosphat
50 sowie eine abnehmende Biodiversität, insbesondere das Insektensterben, vor Probleme, die es zu
51 lösen gilt.

52

53 b. Ethischer Umgang mit Tieren

54 Als moderne Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir es weiterhin gutheißen können, dass Nutztiere
55 unter quälenden Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein arttypisches Verhalten unmöglich
56 macht. Das betrifft neben der Stallgröße, unter anderem die Herdengröße und tatsächlich möglicher
57 Ausgang ins Freiland. Auch ist uns klar, dass das Schreddern männlicher Küken, das Kupieren von
58 Schweineschwänzen oder die Trennung von Jung- und Muttertieren nicht weiter als notwendige
59 Eingriffe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind. Heute gängige Züchtungs- und Fütterungspraktiken
60 führen dazu, dass Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer natürlichen Lebenserwartung ihr
61 Schlachtgewicht erreichen. Dass ein Großteil der „konventionellen“ Tierproduktion nur mit einer
62 inflationären Gabe von Medikamenten, insbesondere Antibiotika und mit der teilweisen Amputation
63 von Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann, ist Beweis genug, dass diese „konventionelle“
64 Tierhaltung mit dem Tierwohl nicht vereinbar ist.

65

66 c. Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext

67 Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem großen Industriesektor muss sich die EU fragen,
68 ob sie auch im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil haben muss und ob das die enormen
69 Subventionen wert sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen, um Landwirtschaft zu
70 betreiben und natürlich kann die EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitgliedsstaaten
71 Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Gesundheitsstandards in der Produktion machen, nicht
72 jedoch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vorgaben zu hoch sind und aufgrund fehlender
73 finanzieller Stützung die europäischen Produzent*innen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wird auch
74 diese Möglichkeit wegfallen.

75 Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade die Landwirtschaft für viele Länder im
76 Globalen Süden eine Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Handel teilzunehmen und

77 wirtschaftlich zu wachsen. In diesem Zusammenhang liegt es nahe, Gelder umzuschichten: weg von
78 der Subventionierung europäischer Landwirt*innen, hin zu Forschung und Entwicklung, die
79 landwirtschaftlichen Produzent*innen weltweit zu Gute kommen, beispielsweise zur
80 Produktivitätssteigerung, Ressourceneinsparung (inkl. Fläche) und Anpassung an den Klimawandel um
81 die Herausforderungen einer wachsenden Weltbevölkerung begegnen zu können. Die Entscheidung
82 des Europäischen Gerichtshof, die neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömmlicher Gentechnik
83 gleichzusetzen, ist eine verpasste Gelegenheit und stellt ein Hindernis für Fortschritte in der globalen
84 Agrarwirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet gerade in Zeiten des Klimawandels für Landwirt*innen
85 und Konsument*innen in der EU und der Welt große Potentiale. Es darf nicht sein, dass diese
86 Potentiale in der Hand einiger weniger Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf Saatgut und die
87 Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbizide und Düngemittel die Abhängigkeit der Landwirt*innen
88 sichern.

89

90 d. Konsument*innenschutz

91 In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Binnenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich
92 Ernährung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und Gesundheit angeht. Aktuelle
93 Herausforderungen umfassen neben diesen außerdem die Verringerung von
94 Lebensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produktion und des Konsums, ebenso wie eine
95 Verschiebung von Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlichkeit, durch u.a. den
96 verringerten Konsum tierischer Produkte.

97 Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Keime ist es darüber hinaus dringend notwendig,
98 endlich das Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und auch Reserve-Antibiotika in der
99 Landwirtschaft anzugehen!

100

101 e. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

102 In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirtschaft und insgesamt im ländlichen Raum
103 niedriger als der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf dem Land an vielen Stellen
104 deutlich schwächer ist: Das senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem Land, sondern
105 stellt auch eine Hürde für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume dar.

106

107 f. Energiegewinnung:

108 Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer Energien ist für viele Landeigentümer*innen die
109 Nutzung ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungsmittelerzeugung auch die
110 Biomasseproduktion oder für Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden. Die EU muss im
111 Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg finden, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“
112 gegeneinander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem Guss entwerfen.

113

114 2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

115 Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben bekennen wir uns zur EU als richtige Politikebene
116 um die Ziele in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange, dass es keinen Sinn macht
117 beispielsweise den Klimawandel auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es globale,
118 mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund der unterschiedlichen landschaftlichen und
119 klimatischen Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den
120 Mitgliedsstaaten Freiheiten bei der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu geben.

121 Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich
122 wenig an den formulierten Zielen aus. Bei der Höhe des Agrarbudgets von ca. 58 Mrd. € (40 % des
123 Gesamtbudgets der EU), ist dieser Umstand noch erschreckender: Wir stehen so gigantischen
124 Herausforderungen gegenüber, die unsere Zukunft maßgeblich beeinflussen werden und viele dieser
125 Probleme können wir mit einer zielgerichteten Landwirtschaftspolitik angehen. Wir können es uns
126 daher nicht leisten auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Effekt versickern zu lassen!

127 Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre
128 Instrumente auf die vorhandenen und kommenden Herausforderungen auszurichten.

129

130 **Dazu fordern wir:**

131

132 a. Öffentliche Gelder gibt es nur für öffentliche Leistung.

133 Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP zugunsten der zweiten Säule: **Direktzahlungen,**
134 **die einfach pro Hektar gezahlt werden, gehören abgeschafft.** Wir wollen **Landwirt*innen für ihre**
135 **Leistungen im Bereich Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz u.ä. entlohnen** und Anreize dafür
136 setzen, in diesen Bereichen noch mehr zu leisten. Wenn Landwirt*innen ihre Produktion zugunsten
137 einer besseren Klima- und Umweltbilanz verändern, müssen sie dafür angemessen entlohnt werden.
138 Die Höhe der Zahlungen muss sich am Wert der Leistungen der Landwirt*innen für Umwelt, Klima und
139 Gesellschaft bemessen. Nur so bekommen wir einen funktionierenden Markt, bei dem sich alle
140 Akteur*innen am gesellschaftlichen, nicht am privaten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die
141 Greening-Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht aus und setzt teilweise sogar falsche
142 Anreize!

143 Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben, dürfen diese Zahlungen aber nicht nur auf den
144 Agrarsektor beschränkt bleiben: **Jede*r Produzent*in, egal ob in der Landwirtschaft tätig oder in**
145 **einem anderen Bereich, soll für Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen, entlohnt**
146 **werden.** Hierbei spielt es keine Rolle, ob besondere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbezug
147 geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung eines Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens
148 erbracht werden.

149 Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den **Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.**
150 Dazu gehört, den **Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu senken.** Bei den drängenden
151 Problemen des Klimawandels können wir diesen Bereich bei unseren Anstrengungen nicht einfach
152 ausklammern. Hier kann die Subventionierung besonders klimafreundlicher Lebensmittel ein
153 Instrument sein, genauso wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion
154 besonders viele Treibhausgase freisetzt.

155 Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechenden Ebenen außerdem dafür einsetzen, **Glyphosat**
156 **zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten**, sollte es bis dahin keine wissenschaftlich
157 einwandfreien Studien geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen. Das bezieht sich auf die
158 Gesundheit von Produzent*innen und Konsument*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor allem auf
159 den Insektenschutz.

160 Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle Förderung von Forschung im Bereich der
161 Agrarwissenschaften und grüner Gentechnik an Universitäten und öffentlich finanzierten
162 Forschungseinrichtungen, sowie verbesserte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue
163 gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen.

164

165 b. Mehr Tierwohl in der EU

166 Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend zu erhöhen, brauchen wir **neue, verbindliche,**
167 **strenge Regelungen**, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Freiwillige Selbstverpflichtungen und
168 noch ein Label reichen uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche und flächendeckende
169 Besserung bringen!

170

171 c. Gesundheit von Konsument*innen

172 Medikamente, insbesondere **Antibiotika dürfen nicht mehr durch die Tierärzt*innen selbst verkauft**
173 **werden**. Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und andere Medikamente zu oft und in zu
174 großen Mengen zu verschreiben, da die verschreibenden Tierärzte durch den Verkauf daran zusätzlich
175 verdienen können. Leider hat das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu
176 medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses
177 **Verbots muss stärker kontrolliert werden**, um die Resistenzbildung von Keimen nicht noch zu
178 beschleunigen.

179

180 d. Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

181 Einkommenssicherung muss auch für Landwirt*innen stattfinden, allerdings im Rahmen der
182 **Sozialpolitik der EU und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über Direktzahlungen über**
183 **die Fläche gewährleisten zu wollen, ist idiotisch**: Zum einen erhalten flächenmäßig große Betriebe
184 mehr Zahlungen und nicht die schlechter verdienenden Landwirt*innen, wie es die Solidarität gebieten
185 würde. Zum anderen, schlagen Landeigentümer*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den
186 Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn
187 hier sind besonders viele Landwirt*innen nur Pächter*innen und nicht Eigentümer*innen des von
188 ihnen bewirtschafteten Lands. Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann mit
189 Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.

190 Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, tragen auch in der Landwirtschaft die Selbstständigen das
191 unternehmerische Risiko selbst. An dieser Stelle kann geprüft werden, ob es im Rahmen der Förderung
192 kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sinnvoll ist, auch für Landwirt*innen Programme zur

193 **Minderung des unternehmerischen Risikos** aufzulegen, wie beispielsweise der Förderung von
194 Versicherungen gegen Ernteauffälle. Ziel dieser Förderung von KMU soll der Arbeitsplatzertand und
195 eine Vermeidung zu hoher Konzentration einiger weniger Produzent*innen sein.